

Dr. Soko Aoki:

Die örtlichen Widerstände gegen die Atomkraft in Deutschland aus japanischer Perspektive

Warum interessiere ich mich als Japanerin für die Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland?

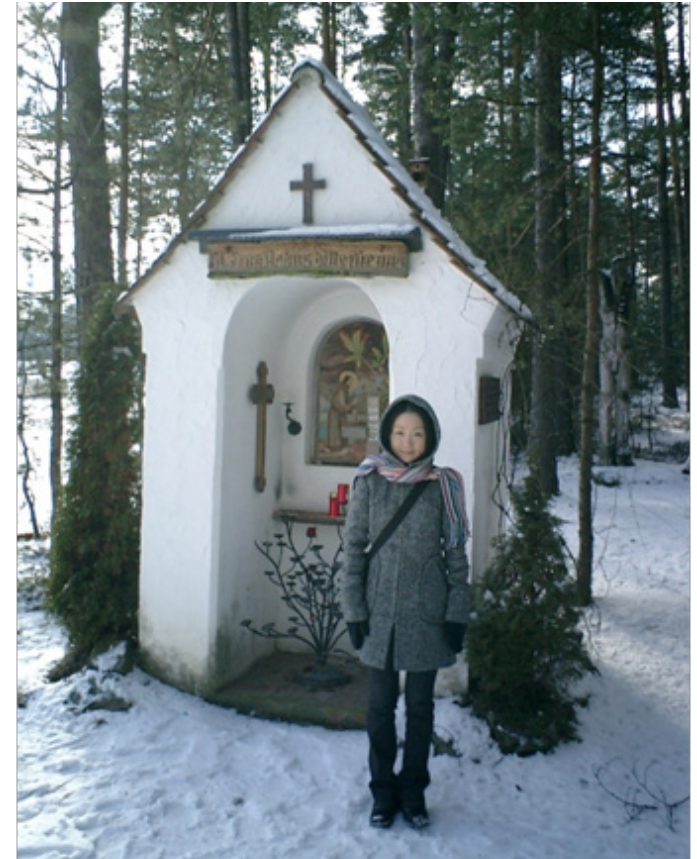
Beim Schreiben meines Artikels möchte ich mit einer Erklärung beginnen, warum ich mir als Japanerin ausgerechnet die deutschen Anti-Atomkraft-Bewegungen zum Forschungsobjekt gemacht habe.

Dabei spielt nicht zuletzt meine Biographie eine nicht unwesentliche Rolle. So bin ich in Sendai / Provinz Miyagi in der Region Tohku geboren. Der Ort Sendai liegt auf der nördlichen Hauptinsel Japans, wo meine Eltern auch heute noch wohnen. Dort leben aktuell auch meine Freundinnen und dort habe ich auch das Gymnasium besucht. Etwa in 50 Kilometern Luftlinie entfernt von Sendai liegt auch das AKW Onagawa (1980 Baubeginn, seit 1984 in Betrieb).

Am 26. April 1986, als ich acht Jahre alt war, kam es in der damaligen Sowjetunion, im ukrainischen Chernobyl zur atomaren Katastrophe, die das Leben und das Bewusstsein vieler Menschen überall auf der Welt verändern und nachhaltig prägen sollte. Ich als Kind hatte damals große Furcht vor der Atomkraft, als die Medien von dem Super-Gau berichteten. Zugleich wurde mir bewusst, dass ein AKW auch in meiner Provinz liegt. Das machte mir große Angst. „Warum gibt es so gefährliche Anlagen wie ein AKW? Warum liegt so eine gefährliche Anlage ausgerechnet in meiner Provinz? Warum stoppt die ältere Generation dieses AKW nicht?“ Diese frühkindliche Angst und Unzufriedenheit könnten mit der Grund und Ausgangspunkt meiner gegenwärtigen Forschung gewesen sein.

In Japan ebenso wie in Deutschland breitete sich unmittelbar nach der Katastrophe in Chernobyl die Anti-Atomkraft Bewegung zunächst rapide aus. Doch war diese Entwicklung nur vorübergehend und nicht nachhaltig, die Anti-Atomkraft Bewegung in Japan wurde wieder kleiner. Und auch in Deutschland wurde das Thema Gefahren der Atomkraft ab Ende der 1980er Jahre zeitweilig völlig von den Ereignissen um die deutsche Wiedervereinigung in den Hintergrund gedrängt. Dennoch erfuhr das Kind, das damals die Frage gestellt hatte, warum die ältere Generation die AKWs in seiner Heimat nicht gestoppt“ habe, später von Beispielen weltweiter Widerstände und den Atomkraftgegnern in Deutschland, die Atomanlagen abgelehnt und dagegen gekämpft hatten. Und hieraus erwuchs mein nachhaltiges Interesse an Deutschland und an der dortigen Anti-Atomkraft-Bewegung.

Aus diesem Grund setzte sich meine Dissertation an der Universität Tohoku (2006) - nach Absolvierung meines Magisterstudiums an der Universität Tsukuba (2003) - mit dem Thema „Die Entwicklung der Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland: Initiative zur umweltorientierten Gesellschaft“ auseinander. Dies war nach Ankunft deutscher Freunde und Kollegen die erste wissenschaftliche Arbeit zu den Auseinandersetzungen um die Atomkraft in Deutschland überhaupt, die sich neben Wyl und Gorleben gerade auch mit Wackersdorf befasste. Hierbei richtete sich mein Augenmerk neben dem Entwicklungsprozess umweltfreundlicher Politik vor allem auf die Rolle der Umweltbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland und ich versuchte einen Überblick über deren Entwicklung zu geben. Zu diesem Zweck hatte ich bereits im Vorfeld mehrere Studien- und Recherchereisen nach Deutschland unternommen, die mich unter anderem nach Wyl, Gorleben und Wackersdorf führten.



Dr. Soko Aoki während einer ihrer Recherche-Visiten in Wackersdorf und Schwandorf vor dem Franziskus-Marterl (Foto Wolfgang Nowak)

Von Oktober 2006 bis März 2013 war ich sodann als Dozentin am Lehrstuhl für Umweltsoziologie und Soziale Bewegung mit den Themen Umweltsoziologie, Soziale Bewegungen und Lebensgeschichten-Analyse befasst. Dies sind die Themen, die mich seit April 2013 auch als Professorin (associate professor) an diesem Lehrstuhl nach wie vor hauptsächlich beschäftigen.

Was die weitere „atomare Entwicklung“ anbelangt: Beim „Tohoku Erdbeben“ im Jahr 2011 ist das AKW Onagawa nur ganz knapp einer Katastrophe entgangen. Aber in der gleichen Region, in Fukushima kam es am 12. März 2011 zum atomaren Supergau, der mittelbar zur Ursache für den deutschen Atomausstieg wurde. Das ist für mich eine sehr groteske Situation, die der Ironie nicht entbehrt. In diesem Punkt habe ich durchaus ambivalente Gefühle in Bezug auf die deutsche Energiewende im Jahr 2011. Es ist für mich seltsam, dass das Jahr 2011 besonders hervorgehoben wird, wenn Japaner über die deutsche Energiewende sprechen. Das Jahr 2011 ist sicher ein wichtiger Zeitpunkt für die deutsche Energiewende. Aber was den deutschen Atomausstieg vor dem Hintergrund des Tohoku-Erdbebens anbelangt, wurde hier nur ein Weg weitergeführt, der über einen Zeitraum von 40 Jahren Schritt für Schritt angelegt und geebnet wurde. Die deutsche Energiewende lässt sich nicht allein auf die Ereignisse in Japan im Jahr 2011 zurückführen geschweige denn darauf reduzieren. Die „Urkatastrophe“ im AKW Fukushima war sicher ein wichtiger Anstoß, aber dieser wäre nach meiner Auffassung früher oder später ohnehin auf die eine oder andere Weise erfolgt. In meiner Dissertation und davon ausgehend in meinem Buch versuchte ich zu erklären, wie der Weg zum Atomausstieg angelegt wurde.

Dabei habe ich meine Betonung insbesondere auf diejenigen Leute gelegt, die sich bereits in den 1970er und 1980er Jahren in Deutschland gegen Atomanlagen wandten, weil ich diese „Verhinderer von Atomanlagen“ im Zusammenhang mit den Gefühlen meiner Kindheit attraktiv und nachahmenswert fand. Mit was für Gründen und welchen Gefühlen haben sich die Leute der damaligen Protestbewegung angeschlossen, welche Erfolge hatten sie zu verzeichnen und wie wurden ihre Bemühungen belohnt? Das ist eine konsequente Fragestellung meiner Forschung, die ich in meinem Buch zu beantworten versucht habe

In dieser Weise habe ich mich bisher mit dem Thema Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland beschäftigt. Und ausgehend von meiner bisherigen Arbeit versuche ich in dem vorliegenden Artikel, die eventuellen Unterschiede der deutschen zur japanischen Anti-AKW Bewegung aufzuzeigen.

Der geographische Unterschied der Standorte in Deutschland und Japan und der darauf beruhende Unterschied der Protestmöglichkeiten

Deutschland besitzt nur wenige Küstengebiete an der Nord- und Ostsee und das Kühlwasser der Atomkraftwerke wird aus den breiten Flüssen im Land gewonnen, weswegen die AKWs in Deutschland im Regelfall auch an diesen Flüssen geplant und gebaut wurden. Hier liegen aber zumeist auch Städte. Das heißt: Wenn man irgendwo ein AKW errichten wollte, konnte das nur in der Nähe irgendeiner Stadt geschehen, die auf diese Weise immer innerhalb eines Radius von 20-30 Kilometern vom Standort der Atomanlage entfernt liegt. Auf dieser Weise befinden sich AKWs in Deutschland also immer in enger Nachbarschaft zu Städten.

Auf Grund ihrer Insellage mit ihren langen Küsten stehen im Gegensatz hierzu in Japan alle AKWs an der Küste, um ihr Kühlwasser direkt aus dem Meer zu beziehen, nachdem es abgekühlt worden ist. Die japanischen AKWs sind dabei nicht nur in Küstenlage, sondern hier vor allem an kleinen und tiefen Buchten angelegt, die sehr weit entfernt von Städten liegen. An diesen Standorten sind die Reaktoren im Gegensatz zu Deutschland sogar konzentriert, d. h. in Gruppen von vier oder fünf Reaktoren errichtet worden.

Bei japanischen Gemeinden handelt es sich um einige wenige Großstädte (1-2 Millionen Einwohner), Mittelstädte (100-500tausend Einwohner - in Japan bezeichnet man dabei sogar Städte mit bis zu 500tausend Einwohnern als Mittelstädte), dagegen die vielen kleinen Städte mit 10-20tausend Einwohnern als Kleinstädte. Außerdem gibt es daneben viele kleinere Gemeinden. Die japanischen Gemeinden weisen dabei Rangunterschiede in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht auf, weil Alles in der Hauptstadt Tokyo konzentriert ist beziehungsweise sich darauf konzentriert. Japan ist nämlich im Gegensatz zur föderalistischen Bundesrepublik Deutschland ein zentralistisches Land.

In dieser ist Situation werden ganz bewusst kleine Gemeinden als Standorte für Atomanlagen gewählt, die von Groß-, Mittel- und Kleinstädten weit entfernt sind. Und dabei ist es sehr schwierig, von den Städten in diese kleinen Gemeinden zu gelangen. Das hat zur Folge, dass es in Japan wenige Universitätsstädte gibt, die - wie z.B. in Deutschland Freiburg während des Wyhler Widerstandes und Regensburg beim Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf – die protestierenden Mensch in kleinen Gemeinde unterstützen.



Ein derartiger geographischer Unterschied hinsichtlich der Standorte in Deutschland und Japan zieht konsequenterweise Unterschiede in Bezug auf die Protestmöglichkeiten nach sich. Denn insbesondere aus der Perspektive der Sozialbewegungstheorie – hier insbesondere der „Mobilisierungstheorie“ - bedeutet ein Standort in der Nähe einer Stadt generell, dass sich auch viele Studenten und Experten wie Ärzte, Physiker, Rechtsanwälte usw. für den Widerstand mobilisieren lassen; d. h. dass sich der Widerstand hier viel größer und lebhafter entwickeln kann.

In Deutschland liegen Universitätsstädte oft in enger Nachbarschaft, d. h. nur 20-30 Kilometer von den AKW-Standorten entfernt. Infolgedessen konnten viele Studenten und junge Wissenschaftler verschiedener Disziplinen am Widerstand vor Ort aktiv als Unterstützer teilnehmen. Damit verbreiterte und intensivierte sich der Widerstand erheblich. So beteiligten sich beispielsweise Studenten und Experten der Universität Freiburg am Widerstand in Wyhl, der Universität Hamburg am Widerstand in Brokdorf und der Universität Regensburg am Widerstand in Wackersdorf. In Wyhl, Brokdorf und Wackersdorf hatten sich sehr schnell Bürgerinitiativen gegen die Atompläne gebildet. Die nahegelegenen Universitätsstädte boten diesen eine wissenschaftliche und strategische Infrastruktur als Nährboden des deutschen Anti-Atom-Widerstands.

Im Gebiet um das oberpfälzische Wackersdorf fand auf diese Weise die dortige widerständige Bevölkerung mannigfache Unterstützung durch die zu Hochzeiten über 1000 Mitglieder der Regensburger Bürgerinitiative (BIWAK), durch den Sachverstand der Regensburger „Phyiker gegen Atomenergie“ sowie der „Ärzteinitiative für Frieden und Abrüstung“ und durch die Mitglieder des „Arbeitskreis Theologie und Kernenergie“, aber auch zahlloser anderer Gruppierungen wie Literaten, bildende Künstler und vor allem Musiker aller Genres und Musiksparten. Eine spektakuläre Aktion, welche damals die Menschen vor Ort zusammenschweißte, waren die zum Teil mehrwöchigen Platzbesetzungen in Wyhl und Wackersdorf, wo die Besetzer und die mit ihnen sympathisierenden Bevölkerungen der Umgebung regelrechte Gemeinwesen bildeten. Hier wuchs ein gegenseitiges Verständnis von Menschen oftmals unterschiedlichster regionaler und sozialer Herkunft und es entstand ein tiefes Solidaritäts- und generationsübergreifendes Zusammengehörigkeitsgefühl, aus dem sich oftmals lebenslange Freundschaften entwickelten.

Im Gegensatz zu Deutschland gab und gibt es in Japan für die AKW-Standorte weniger Gelegenheiten, Experten verschiedener Fachbereiche und Studenten als Unterstützer zu mobilisieren. Denn fast alle AKWs in Japan wurden, wie oben erwähnt, in sich entvölkernden Regionen geplant und errichtet, die von den Städten sehr weit entfernt liegen. So lässt sich der

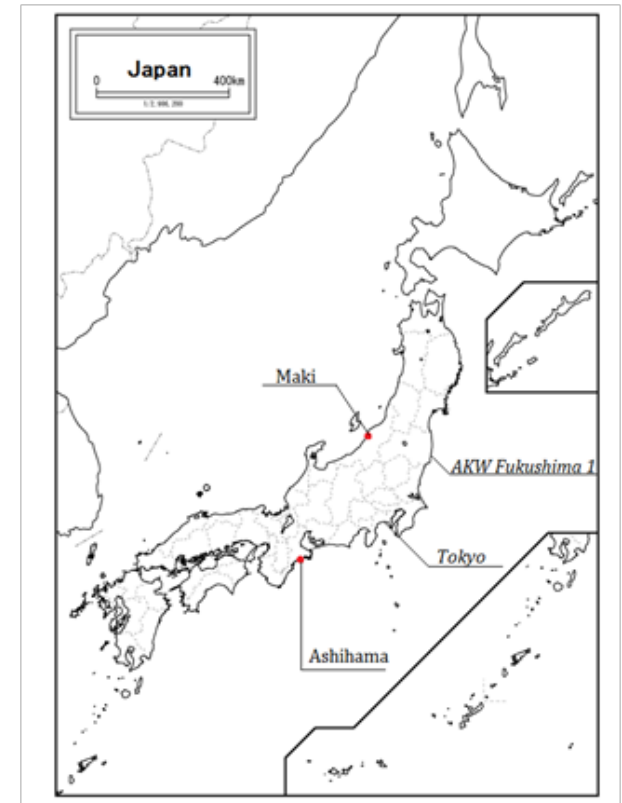
schwache Widerstand in Japan aus der „Mobilisierungs-Theorie“ logisch erklären. Trotzdem gab es auch in Japan Widerstände, die erfolgreich geplante AKWs verhinderten. Als ein Beispiel kann man den Widerstand gegen das AKW Maki anführen, das glücklicherweise in der Nähe der Universitätsstadt Niigata geplant war. Und ein weiteres Beispiel ist das AKW Ashihama, das im Gegensatz dazu in einem kleinen Fischerdorf weit entfernt von einer Universitätsstadt geplant worden ist.

Beispiele erfolgreicher Widerstände in Japan

Der Widerstand gegen das AKW Maki: Die Volksabstimmung um den Verkauf des im Besitz der Gemeinde befindlichen Bodens an die Tohoku-Elektrizitätsgesellschaft¹

Es war im Jahr 1969, als in der Regionalpresse exklusiv vom Plan der Tohoku-Elektrizitätsgesellschaft berichtet wurde, an der Küste in der Gemeinde Maki ein AKW zu bauen. Und zwei Jahre später, 1971, veröffentlichte die Tohoku-Elektrizitätsgesellschaft diesen Plan offiziell.

Landkarte von Japan (Soko AOKI)



1 Quelle: Takubo (1997).



Maki war damals eine kleine in der Nachbarschaft der Universitätsstadt Niigata (die zentrale Stadt der gleichnamigen Provinz) gelegene Gemeinde mit etwa 28,000 Einwohnern. Im Jahr 2005 wurde sie in die Stadt Niigata eingegliedert und ist seitdem ein Stadtteil von ihr. Dies brachte für den Widerstand einen großen Vorteil mit sich.

Der für das geplante AKW benötigte Teil des Bauplatzes war im Besitz der Gemeinde. Deswegen musste die Tohoku-Elektrizitätsgesellschaft dieses Grundstück kaufen, um das geplante AKW errichten zu können. Die Entscheidung, ob die Gemeinde dieses Areal verkaufte oder nicht, lag beim Bürgermeister und Gemeinderat. Seit der offiziellen Veröffentlichung der Baupläne im Jahr 1971 war immer derjenige Kandidat zum Bürgermeister gewählt worden, der gegen sie Vorbehalte hatte oder sich entschieden dagegen aussprach. Im Jahr 1994 aber wurde ein Befürworter des Atomkraftwerks zum Bürgermeister gewählt, weswegen die AKW-Pläne weiter vorangetrieben werden konnten.

In dieser Situation planten die AKW-Gegner in der Bevölkerung eine Volksabstimmung und schlugen dem Bürgermeister vor, das Gelände nicht zu verkaufen, falls die Gegner in der Mehrheit seien. So wurde die informelle Volksabstimmung vom 22. Januar bis 5. Februar 1995 durchgeführt, wobei 45,40 Prozent des Wahlberechtigten ihre Stimmen abgaben. 474 Stimmberechtigte entschieden sich dabei für, 9854 gegen das AKW. Mit diesem Ergebnis im Rücken baten die Gegner den Bürgermeister, das Gelände nicht zu verkaufen. Dieser aber ignorierte das Ergebnis und erklärte, dass dieser Volksabstimmung die gesetzliche Grundlage fehle. In dieser Phase beschlossen die Gegner der AKW-Pläne den Bürgermeister abzuwählen. Sie sammelten die Unterschriften, die für die Abwahl nötig waren und den Bürgermeister zum Rücktritt veranlassten. Aus diesem Grund konnte im Januar 1996 ein neuer Bürgermeister gewählt werden.

Daneben brachten AKW-Gegner im Gemeinderat eine neue Satzung für die Volksabstimmung ein. Gemäß dieser sollte das Ergebnis einer Volksabstimmung für die Entscheidung des Bürgermeisters bindend sein. In der Folge führten sie im August 1996 eine zweite Volksabstimmung durch, bei der diesmal 88 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgaben und 7904 Stimmberechtigte für das AKW votierten, während sich eine Mehrheit von 12478 Stimmen dagegen ergab.

Abgesehen davon war auch der neu gewählte Bürgermeister gegen das Atomkraftwerk. Von daher wurde dessen Errichtung in Maki de facto unmöglich und die Tohoku-Elektrizitätsgesellschaft zog im Dezember 2003 ihren Plan zurück.

Erfolgreicher Widerstand gegen AKW Ashihama: Kampf ums Fischereirecht²

Auch die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung in Ashihama lagen bereits in den 1960er Jahren. So hatte im Jahr 1964 die Chubu-Elektrizitätsgesellschaft ihren Plan veröffentlicht, im Bezirk Ashihama - an der Küste in der Provinz Mie - ein AKW zu errichten. Als dieser Plan in die Öffentlichkeit gelangte, war der Kauf des Grundstücks für das AKW seitens der Elektrizitätsgesellschaft schon in Gang.

Der Bezirk Ashihama erstreckt sich vom Gelände von Kowaura in der Gemeinde Nantoh (heute Gemeinde Minami-ise) bis zum benachbarten Gelände von Nishiki in der Gemeinde Kisei (heute Gemeinde Taiki). Hier gibt es einen idyllischen Sandstrand und der Platz ist bekannt als ein Ort, worauf die Seeschildkröten ihre Eier legen. Beide Bezirke sind Fischerdörfer mit einzelnen dazugehörigen Fischerei-Genossenschaften. Jeder Fischer gehört einer dieser Genossenschaften an, von denen beide jeweils Fischereirechte am Strand Ashihama besaßen. Beabsichtigte die Elektrizitätsgesellschaft also ein AKW zu errichten, musste sie nach einem Kauf der Grundstücke auch die Rechte der betreffenden Fischerei-Genossenschaften respektieren und Ersatz dafür anbieten. Aus diesem Grund schlug die Chubu-Elektrizitätsgesellschaft beiden Fischer-Genossenschaften vor, ihr ihre jeweiligen Fischereirechte gegen ein immenses Ersatzgeld abzutreten. Dieser Vorschlag wurde zwar von der Fischerei-Genossenschaft in Nishiki akzeptiert, weil ihre Mitglieder mit Mehrheit dafür stimmten, wohingegen die Fischerei-Genossenschaft in Kowaura ihn ablehnte. Auf diese Weise entzündete sich der Streit der Fischer in Kowaura um die Frage der Fischereirechte.

In dieser Situation bot die Chubu-Elektrizitätsgesellschaft den Fischern in Kowaura zahlreiche „Geschenke“ an, um sie zu „bekehren“. Gerüchte besagen, dass Empfänge mit Essenseinladungen, Mitgiften bei Hochzeiten und Trauerfeiern, „Besichtigungstouren“ der Atomkraftwerke sowie sogar Bestechungsgelder mit im Spiel waren. Außerdem plante die Chubu-Elektrizitätsgesellschaft einen hochkarätigen Politiker nach Ashihama einzuladen, um auch auf diese Weise Druck auf die Fischer auszuüben. Jedoch belagerten Letztere das Schiff mit dem Politiker mit ihren Fischerbooten und verhinderten somit letztendlich seinen Besuch (im September 1966).

² Quelle: BI gegen AKW Ashihama und Meeresmuseum Hrg. (2002)



Im September 1967 erklärte der damalige Präsident der Provinz Mie (Satoru TANAKA) „Ich mache dem Streit ums AKW ein Ende“, um die AKW-Pläne erst einmal zurückzustellen. Auf diese Weise war der Kampf erst einmal zugunsten der AKW-Gegner entschieden. Trotzdem kam die Auseinandersetzung in den 1970er Jahren erneut in Gang.



Fischerprotest gegen den Politiker-Besuch am 19. September 1966
(Quelle: *BI gegen AKW Ashihama und Meeresmuseum Hrg. (2002: 68)*)

Der im Dezember 1974 neu gewählte Präsident der Provinz Mie (Ryozou TAGAWA) begann nach der Besichtigung des Atomkraftwerks in Fukushima zusammen mit der Chubu-Elektrizitätsgesellschaft wieder die AKW Pläne zu fördern. Die Versuche der Elektrizitätsgesellschaft, die Fischerei-Genossenschaft in Kowaura zu „bekehren“, wurden dabei noch intensiviert. Diese Taktik war jedoch nur zum Teil erfolgreich, die meisten Gegner widerstanden dennoch beharrlich.

Aber nach einem über 20 Jahre andauernden Streit zog der neue Vorsitzende der Fischerei-Genossenschaft in Kowaura, der für die AKW Pläne war, im Jahr 1994 den im Jahr 1964 in der damaligen Versammlung gefassten „Beschluss gegen das AKW Ashihama“ zurück. Er wollte, dass sich die Fischerei-Genossenschaft in Nishiki dem Beschluss der Genossenschaft in Kowaura anschließen sollte, eine vorherige Untersuchung des Meeres durchzuführen. Trotzdem war bei einer Generalversammlung immer noch die offizielle Zustimmung einer Mehrheit nötig. Deswegen hielt der Vorsitzende der Fischerei-Genossenschaft in Kowaura im Dezember 1994 eine außerordentliche Generalversammlung ab, um auf diese Weise zu einem positiven Beschluss für eine Meeres-Untersuchung zu kommen. Um diese Versammlung zu verhindern, führten über 2000 Bewohner der Region die ganze Nacht hindurch eine Sitzblockade durch, die aber letztendlich von der Polizei geräumt wurde.

Nach der Wahl Masayasu KITAGAWAs zum neuen Präsidenten der Provinz im April 1995 sahen die Gegner in diesem Präsidentenwechsel eine neue Chance. Sie verlagerten den Schwerpunkt ihres Widerstands nunmehr darauf, Unterschriften zu sammeln und diese dem Präsidenten der Provinz zusammen mit ihrer Petition zu übergeben. Dabei hatten sie sich bei ihrer Sammelaktion das Ziel von 500,000 Unterschriften gesetzt (im November 1995). Doch kamen bei dieser Aktion „AKW in der Provinz Mie Nein Danke“ schließlich sogar 812,335 Unterschriften zusammen, die letztendlich übergeben werden konnten (im Mai 1996).



Vorlage der Unterschriften vorm Rathausringang am 31. Mai 1996



(Quelle: BI gegen AKW Ashihama und Meeresmuseum Hrg. (2002: 130)

Zusammen mit einer so ungeheuren Menge an Unterschriften überreichte der Rat der Gemeinde Nantoh dem Rat der Provinz Mie die Petition, den Streit ums AKW Ashihama „auf Eis zu legen“. Diese wurde vom Rat der Provinz einstimmig verabschiedet (im März 1997). Im Juli 1997 forderte daraufhin der Präsident der Provinz Mie die Chubu-Elektrizitätsgesellschaft offiziell auf, ihre Mitarbeiter vom Baugelände ihre Mitarbeiter abzuziehen. Somit lag das Projekt „auf Eis“.

Im November 1999 besuchte Provinzpräsident Kitagawa die Gegend Kowaura und Nishiki, um den Befürwortern und Gegnern direkt zuzuhören, wobei bisher noch kein Präsident jemals zuvor den Standort besucht hatte. Dieser „historische Besuch“ war also das erste Mal in der Geschichte von Ashihama, dass ein Präsident der Provinz Mie vor Ort war.

Am 22. Februar 2000 erklärte Präsident Kitagawa den Rückzug der AKW-Pläne mit der Äußerung „Der Konflikt der Bewohner untereinander ist ‚ein Marathon ohne Ziel‘. Es ist unter den obwaltenden Verhältnissen schwierig, die AKW Pläne vorwärtszubringen. Die Pläne sollen daher alle ungeschehen gemacht werden.“ Außerdem fügte er hinzu, dass die Provinzregierung die Schuld am Leid der Bewohner wegen des 37 Jahre langen Streits trage. Wegen dieser Äußerung des Provinzpräsidenten zog die Chubu-Elektrizitätsgesellschaft ihre Pläne nunmehr endgültig zurück. Damit war der Streit ums AKW Ashihama tatsächlich beendet.

Das Merkmal dieser Anti-AKW Bewegung

Die Gemeinsamkeit dieser zwei obigen Beispiele und auch der vielen lokalen Widerstände in Japan liegt in ihren Strategien begründet. Das heißt, die Auseinandersetzungen wurden auf Gesetzesgrundlage durchgeführt. Bei der Anti-AKW Bewegung in Maki lag der Schwerpunkt auf der Volksabstimmung um den Verkauf des Grundstücks der Gemeinde. Bei der Anti-AKW Bewegung in Ashihama begründeten die Gegner ihre Forderungen mit dem Fischereirecht der Fischer-Genossenschaft in Kowaura. Das bedeutet aber, dass es für japanische Anti-AKW Bewegungen sehr schwierig ist, weitere Widerstandsformen zu entwickeln, wenn sie auf Gesetzesgrundlage basierende Auseinandersetzungen verlieren, sei es, dass die Untersuchung im Meer durchgeführt oder die Errichtung des AKWs genehmigt wird. Dagegen liegt für die Elektrizitätsgesellschaft der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen in der Phase des Kaufs des Grundstücks und der Fischereirechte. Danach können die Pläne ohne Verzug vorangetrieben werden, ohne dass mit weiteren Widerständen dagegen gerechnet werden muss.

Dies steht in schroffem Gegensatz zu den Widerständen in Wyhl und Wackersdorf, die nach der Genehmigung, sogar noch nach der Abholzung der Baugelände und dem Baubeginn die AKW-Pläne scheitern ließen, aber auch im Gegensatz zum Widerstand in Kalkar, der sogar noch nach der Vollendung des Baus des Schnellen natriumgekühlten Reaktors und der anderen Anlagen den Betrieb verhinderte. Aus japanischer Perspektive sieht man diese Widerstände in Deutschland insofern als besonders erfolgreich an, als sie noch nach den Genehmigungen ihre Stärke behielten und letztendlich die Pläne der Betreiberfirmen verhinderten.



Der Unterschied zwischen Japan und Deutschland in der Situation nach den Widerständen

Den Unterschied zwischen Japan und Deutschland kann man nicht zuletzt auch gerade an der Situation nach den dortigen Auseinandersetzungen ablesen. So ist z.B. in den heutigen Erzählungen in der Gegend Kowaura, wo damals der Widerstand gegen AKW Ashihama geleistet wurde, Letzterer oft mit bitteren Erlebnissen und negativen Erfahrungen verbunden. Sogar die damaligen eigentlich siegreichen AKW-Gegner wollen nicht über ihre Erinnerungen an den Auseinandersetzungen sprechen. Als beispielsweise die Gemeinde Kowaura einmal vorschlug, ein Denkmal des Widerstandes im Ort zu errichten, lehnte die dortige Bevölkerung diesen Vorschlag ab. Denn ein derartiges Denkmal würde sie immer an die bittere Zeit – als die Bewohner gespalten, ja oftmals sogar verfeindet waren und miteinander stritten - erinnern, sooft sie an ihm vorbeigingen und es sähen. Für die Leute in Kowaura ist das Erlebnis des Widerstands eine Erinnerung, die sie möglichst verdrängen wollen. Auch in Maki ist der damaligen Widerstands ein Tabuthema, wenn man mit Anderen zusammenkommt.



Kowaura nach dem Streit (Photo Soko AOKI)

Im Gegensatz zu dieser japanischen Situation sind die ehemaligen Gegner in Deutschland ihren Erinnerungen gegenüber positiv eingestellt. So wurden mehrere Widerstands-Denkmäler und -Archive am Oberrhein und auch in der Oberpfalz errichtet und eingerichtet. Das Gedenken an den Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf wird heute von den meisten Menschen beispielsweise als ein legitimer Teil der Erinnerungskultur und Landesgeschichte betrachtet und sogar ins Haus der bayerischen Geschichte Eingang finden, das im Jahr 2019 in Regensburg, der oberpfälzischen Donaumetropole eröffnet wird.

Auch an manchen japanischen Standorten werden die Erinnerungen an die Widerstände gesammelt. Und die Wissenschaftler in Japan sind hierzu ebenfalls relativ positiv eingestellt. Aber man sieht im Gegensatz zur deutschen Situation, dass die damaligen Gegner nichts von ihren Erlebnisse erzählen wollen.

In der japanischen Gesellschaft, in der man sogar von erfolgreichen Widerständen, also von Erfolgserlebnissen nur ungern spricht, lassen sich die Strategien und Kulturen der Protestbewegung nur schwer tradieren. Das hat zur Folge, dass viele Japaner sich weiterhin immer von Sozialbewegungen fernhalten.

Literatur

BI gegen AKW Ashihama und Meeresmuseum, Hrg., 2002, *Die Chronik des Widerstands gegen den AKW Ashihama: 37 Jahren der Bewohner in der Gemeinde Nantoh, Gemeinde Nantoh.* (= Nantoh-Cho Ashihama Genpatsu Soshi Tousou Honbu/ Umi no Hakubutsukan Hen, *Ashihama Genpatsu Hantai Toso no Kiroku, Nantoh-Cho.*)

Takubo, Yuko, 1997, „Gründung, Entwicklung und Erfolg der ‚BI für die Volksbestimmung‘ in der Gemeinde Maki“, *Zeitschrift für Umweltsoziologie* (3): 131-148. (= Takubo, Yuko, 1997, „Maki-machi ‚Jumin Tohyo wo Jikkousuru-kai‘ no Tanjo, Hatten to Seiko“, *Kankyo-Shakaigaku Kenkyu* (3): 131-148.)

